

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2011 — 1518

[C – 2011/00332]

**19. JULI 1791 — Dekret über die Organisation einer Gemeinde- und Korrekionalpolizei  
Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache von Auszügen**

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache der Artikel 8, 9, 10 und 46 des Dekrets vom 19. Juli 1791 über die Organisation einer Gemeinde- und Korrekionalpolizei, so wie sie abgeändert worden sind durch das Gesetz vom 16. Juni 1970 über die Maßeinheiten, Eichmaße und Messgeräte.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**19. JULI 1791 — Dekret über die Organisation einer Gemeinde- und Korrekionalpolizei****Titel I — (...)**

(...)

§ 2 - Regeln, die Gemeindebeamte oder von der Gemeinde bestellte Bürger zur Feststellung von Polizeiübertretungen befolgen müssen

**Art. 8 - Verbotene Haussuchungen - Gemeindebeamte, Kommissare oder Offiziere der Gemeindepolizei dürfen die Häuser der Bürger nicht betreten, es sei denn, für (...) die Überprüfung der Register der Vermieter, für die Ausführung der Gesetze über die direkten Steuern oder aufgrund der Anordnungen, Zwangsmaßnahmen und Urteile, die sie überbringen, oder schließlich wenn Bürger aus einem Haus nach Hilfe der Staatsgewalt schreien.**

**Art. 9 - Haussuchung in Gastwirtschaften und Geschäften - Orte, zu denen jeder ohne Unterschied zugelassen ist, wie Kneipen, Gastwirtschaften, Geschäfte und Sonstiges, können Polizeibeamte jederzeit betreten, entweder um öffentliche Ruhestörungen oder Übertretungen der Verordnungen festzustellen oder um [...] die gesundheitliche Zuträglichkeit von Lebensmitteln und Medikamenten zu überprüfen.**

[Art. 9 abgeändert durch Art. 32 § 2 des G. vom 16. Juni 1970 (B.S. vom 2. September 1970)]

**Art. 10 - Haussuchung in Spielbanken - Sie können auch jederzeit Häuser betreten, in denen gewöhnlich Glücksspiele gespielt werden, aber nur auf Bestellung von zwei Bürgern der Gemeinde.**

Sie können auch jederzeit Orte betreten, die offenkundig der Unzucht gewidmet sind.

(...)

§ 5 - Verfahrensformen und Regeln, die das Polizeigericht der Gemeinde befolgen muss

**Art. 46 - Erlasse der Gemeindebehörden in Sachen Polizei - Kommunale Polizeigerichte und Gemeindebehörden dürfen keine Verordnungen erlassen. Die Gemeindebehörde darf jedoch (unter Vorbehalt einer Abänderung durch das Ministerium,) unter der Bezeichnung und der Überschrift "Beschlüsse" (...) in folgenden Angelegenheiten Erlasse ergehen lassen:**

1. wenn es darum geht, lokale Vorsichtsmaßnahmen in Angelegenheiten zu ergreifen, die ihrer Wachsamkeit und ihrer Amtsgewalt durch die Artikel 3 und 4 von Titel XI des Dekrets (vom 16.-24. August 1790) über das Gerichtswesen anvertraut worden sind,

2. die Gesetze und Polizeiverordnungen erneut zu veröffentlichen oder die Bürger an deren Einhaltung zu erinnern.

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2011 — 1519

[C – 2011/00336]

**25 JANVIER 2001. — Arrêté royal relatif  
à la traduction des arrêts du Conseil d'Etat  
Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 25 janvier 2001 relatif à la traduction des arrêts du Conseil d'Etat (*Moniteur belge* du 16 mars 2001).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2011 — 1519

[C – 2011/00336]

**25 JANUARI 2001. — Koninklijk besluit  
betreffende de vertaling van de arresten van de Raad van State  
Duitse vertaling**

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 25 januari 2001 betreffende de vertaling van de arresten van de Raad van State (*Belgisch Staatsblad* van 16 maart 2001).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2011 — 1519

[C – 2011/00336]

**25. JANUAR 2001 — Königlicher Erlass über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates  
Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 25. Januar 2001 über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

## MINISTERIUM DES INNERN

25. JANUAR 2001 — Königlicher Erlass über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates  
BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

der Entwurf eines Königlichen Erlasses, den wir die Ehre haben, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen, zielt darauf ab, Artikel 21 des Gesetzes vom 4. August 1996 zur Abänderung der koordinierten Gesetze über den Staatsrat in Kraft zu setzen.

Tatsächlich mussten vor dem Gesetz vom 16. Juni 1989 zur Festlegung verschiedener institutioneller Reformen alle, sei es in niederländischer oder in französischer Sprache verfassten Entscheide des Staatsrates übersetzt werden. Durch das vorerwähnte Gesetz vom 16. Juni 1989 wurde Artikel 63 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat dann in dem Sinne abgeändert, dass alle Entscheide unverzüglich übersetzt werden mussten, außer in den vom König vorgesehenen Ausnahmefällen.

Im Königlichen Erlass vom 12. Juni 1990 über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates ist diese Bestimmung wie folgt umgesetzt worden:

«Die in Artikel 63 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Entscheide werden nicht übersetzt, wenn der Präsident der Kammer, die den betreffenden Entscheid erlassen hat, der Ansicht ist, dass die Einsichtnahme in diese Entscheide durch andere Personen oder Behörden als die Parteien des Rechtsstreits für das Verständnis der Rechtsprechung nicht von Belang ist. Im Zweifelsfall obliegt die Entscheidung dem Ersten Präsidenten.»

Durch Artikel 21 des Gesetzes vom 4. August 1996 zur Abänderung der koordinierten Gesetze über den Staatsrat wird Artikel 63 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erneut abgeändert, um den Grundsatz der Verpflichtung zur Übersetzung aufzuheben:

«In den vom König bestimmten Fällen werden die Entscheide übersetzt.»

Vorliegender Erlassentwurf zielt infolgedessen darauf ab, diese Bestimmung in Kraft zu setzen.

Soweit der Gegenstand des vorliegenden Entwurfs eines Königlichen Erlasses, der Eurer Majestät zur Unterschrift vorgelegt wird.

Ich habe die Ehre,

Sire,

der ehrerbietige und getreue Diener

Eurer Majestät zu sein.

Der Minister des Innern

A. DUQUESNE

## 25. JANUAR 2001 — Königlicher Erlass über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere der Artikel 28 Absatz 4 und 63 Absatz 1 zweiter Satz, ersetzt durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund des Gesetzes vom 4. August 1996 zur Abänderung der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 47 Absatz 3;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. Juni 1990 über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1997 über die Veröffentlichung der Entscheide des Staatsrates;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 8. August 2000;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag Unseres Ministers des Innern und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Entscheide des Staatsrates in Bezug auf Erlasse mit Verordnungscharakter werden übersetzt.

Entscheide, die aufgrund ihres Nutzens für das allgemeine Verständnis der Rechtsprechung des Staatsrates von dem in Artikel 2 erwähnten Ausschuss ausgewählt worden sind, werden ebenfalls übersetzt. Der Ausschuss befindet auf der Grundlage einer Vorauswahl, die in jeder Kammer vom jeweiligen Präsidenten oder vom Staatsrat, der ihn vertritt, vorgenommen wird; der Ausschuss kann diese Auswahl auf eigene Initiative ergänzen.

**Art. 2 - § 1** - Ein Auswahlausschuss wird eingesetzt, dessen Mitglieder von der Generalversammlung des Staatsrates bestimmt werden und der sich wie folgt in sprachlicher Hinsicht paritätisch zusammensetzt:

1. zwei Mitglieder des Staatsrates, die vom Ersten Präsidenten vorgeschlagen werden,
2. zwei Mitglieder des Auditorats, die vom Generalauditor vorgeschlagen werden,
3. zwei Mitglieder des Koordinationsbüros, die vom Ersten Präsidenten vorgeschlagen werden.

Für jedes Mitglied wird gemäß denselben Regeln ein Stellvertreter bestimmt.

§ 2 - Den Vorsitz des Ausschusses führt das Mitglied des Staatsrates, das das höchste Amt in der Rangliste bekleidet. Der Ausschuss tritt nach Bedarf auf Initiative seines Vorsitzenden zusammen. Die Stellvertreter vertreten die verhinderten Mitglieder.

**Art. 3** - Artikel 21 des Gesetzes vom 4. August 1996 zur Abänderung der koordinierten Gesetze über den Staatsrat tritt in Kraft.

**Art. 4** - Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1997 über die Veröffentlichung der Entscheide des Staatsrates wird wie folgt ergänzt:

«Ihre etwaige Übersetzung wird ebenfalls veröffentlicht.»

**Art. 5** - Vorliegender Erlass findet ebenfalls Anwendung auf verkündete, aber am Datum seines Inkrafttretens noch nicht übersetzte Entscheide.

**Art. 6** - Der Königliche Erlass vom 12. Juni 1990 über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates wird aufgehoben.

**Art. 7** - Unser Minister des Innern ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 25. Januar 2001

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern

A. DUQUESNE

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2011 — 1520

[C - 2011/00289]

**24 MAI 2011. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 7 juillet 1997 relatif à la publication des arrêts et des ordonnances de non-admission du Conseil d'Etat**

### RAPPORT AU ROI

Sire,

L'arrêté royal du 7 juillet 1997 relatif à la publication des arrêts et des ordonnances de non-admission du Conseil d'Etat, modifié par l'arrêté royal du 30 novembre 2006 déterminant la procédure en cassation devant le Conseil d'Etat, prévoit que le Conseil d'Etat publie désormais ses décisions sous forme électronique.

Entre-temps, l'évolution rapide de la société et des technologies observée au cours de la décennie précédente a posé les fondements de la société de l'information et influencé les modalités et les conditions de la publication électronique de ces décisions. Cette évolution requiert dès lors une adaptation de l'arrêté royal sur un certain nombre de points.

#### 1. Les modalités de la publication.

En exécution de l'article 28, alinéa 3, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat, l'arrêté royal du 7 juillet 1997 relatif à la publication des arrêts et des ordonnances de non-admission du Conseil d'Etat, modifié par l'arrêté royal du 30 novembre 2006, dispose que le Conseil d'Etat publie ses décisions de deux manières, à savoir, d'une part, sur « un réseau d'informations accessible au public » et, d'autre part, sur un « support magnétique ».

L'arrêté ministériel du 3 février 1998 déterminant le réseau d'informations accessible au public et le support magnétique en vue de la consultation et de l'enregistrement des arrêts du Conseil d'Etat prévoit que le réseau d'informations accessible au public est l'« INTERNET » et que le support magnétique est un « CD-ROM ».

Il est incontestable que depuis les années 90, internet est parfaitement intégré et largement répandu dans la société. Son rôle comme source d'information publique est actuellement reconnu unanimement.

La publication des arrêts par la voie d'un CD-rom s'en est trouvée grandement influencée. En effet, la demande de CD-rom, qui, conformément à l'article 5 de l'arrêté royal, sont proposés à leur prix de revient, a très fortement diminué ces dernières années. Alors qu'initialement, il fallait parfois graver plus de mille exemplaires pour satisfaire à la demande, celle-ci est maintenant retombée à moins d'une centaine d'unités. La conséquence en est une augmentation du prix de revient à la pièce, laquelle aura une nouvelle fois un impact négatif sur les ventes.

Les efforts déployés par le Conseil d'Etat pour améliorer l'accès à la jurisprudence via internet ont également contribué à cette diminution de la demande.

A l'heure actuelle, les arrêts et les ordonnances sont déjà publiés sur internet peu de temps après qu'ils ont été prononcés.

La modernisation du site internet et l'amélioration des possibilités de recherche ont diversifié les modalités d'accès aux décisions. Il est non seulement possible de procéder à une recherche en texte intégral, mais les arrêts sont également publiés par matière. De surcroît, depuis 2008, le public peut consulter les banques de données « jurisprudence » de l'auditorat sur internet. Celles-ci sont conçues au départ des listes de mots-clés et comportent des résumés des décisions.

Il ne se justifie dès lors plus de continuer à publier les décisions du Conseil d'Etat sur CD-rom.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2011 — 1520

[C - 2011/00289]

**24 MEI 2011. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 7 juli 1997 betreffende de publicatie van de arresten en de beschikkingen van niet-toelaatbaarheid van de Raad van State**

### VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Sedert 1997 publiceert de Raad van State zijn uitspraken in digitaal formaat op basis van het koninklijk besluit van 7 juli 1997 betreffende de publicatie van de arresten en de beschikkingen van niet-toelaatbaarheid van de Raad van State, gewijzigd door het koninklijk besluit van 30 november 2006 tot vaststelling van de cassatieprocedure bij de Raad van State.

De snelle maatschappelijke en technologische ontwikkeling van het voorbije decennium heeft intussen de grondslagen gelegd van de informatiemaatschappij en heeft een weerslag op de wijze waarop en de voorwaarden waaronder deze uitspraken in digitaal formaat kunnen worden gepubliceerd. Het koninklijk besluit dient dan ook op een aantal punten aan die ontwikkeling te worden aangepast.

#### 1. De wijze van publicatie.

Het koninklijk besluit van 7 juli 1997 betreffende de publicatie van de arresten en de beschikkingen van niet-toelaatbaarheid van de Raad van State, gewijzigd door het koninklijk besluit van 30 november 2006, bepaalt in uitvoering van artikel 28, derde lid, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State, dat de Raad van State zijn uitspraken op twee manieren bekendmaakt, namelijk enerzijds via « een informatienetwerk dat toegankelijk is voor het publiek » en anderzijds via « een magnetische drager ».

Het ministerieel besluit van 3 februari 1998 tot bepaling van het informatienetwerk dat toegankelijk is voor het publiek en van de magnetische drager met het oog op de raadpleging en de registratie van de arresten van de Raad van State bepaalt dat het informatienetwerk dat toegankelijk is voor het publiek het « INTERNET » is en dat de magnetische drager een « CD-ROM » is.

De ruime maatschappelijke acceptatie en de brede verspreiding van het internet sedert de jaren 90 zijn een onbetwistbaar gegeven. De rol van het internet in de maatschappelijke informatievoorziening wordt thans algemeen erkend.

Dat heeft een belangrijke weerslag gehad op de publicatie van de arresten via een CD-rom. De vraag naar de CD-rom, die overeenkomstig artikel 5 van het koninklijk besluit werd aangeboden tegen kostprijs, is de voorbije jaren zeer sterk afgenomen. Terwijl in de beginjaren soms meer dan duizend exemplaren werden gebrand om te voldoen aan de vraag, is deze de voorbije jaren teruggevallen tot minder dan honderd exemplaren. Dat leidt ertoe dat de kostprijs per exemplaar zal stijgen, wat dan weer een negatieve weerslag zal hebben op de verkoop.

Ook de volgehouden inspanningen van de Raad van State om de ontsluiting van de rechtspraak via het internet te verbeteren hebben bijgedragen tot deze daling van de vraag.

De arresten en beschikkingen worden op dit ogenblik reeds kort na de uitspraak op het internet gepubliceerd.

De vernieuwde website en een verbeterde zoekmogelijkheid hebben ertoe geleid dat de uitspraken op verschillende wijzen ontsloten worden. Niet alleen is er een zoekfunctie op de volledige tekst, maar de arresten worden ook per materie gepubliceerd. In 2008 werden de databanken « rechtspraak » van het auditoraat bovendien via het internet toegankelijk gemaakt voor het publiek. Deze databanken zijn opgebouwd rond trefwoordenlijsten en bevatten samenvattingen van de uitspraken.

Er zijn dan ook geen redenen meer om de uitspraken van de Raad van State nog langer op CD-rom te publiceren.